



MEDIENMITTEILUNG

Schweiz lehnt einseitige KP-Entscheidung ab, den Verkauf von Diamanten aus Simbabwe wieder zuzulassen

Genf, Bern: 30. Juni 2011

Die kontroverse Entscheidung des Vorsitzenden des Kimberley-Prozesses (KP), nach der es der Regierung von Simbabwe erlaubt werden soll, den Verkauf von Blutdiamanten aus den Marange-Minen wieder aufzunehmen, hat die bereits vorhandene Verwirrung verstärkt und die Glaubwürdigkeit der globalen Organisation, die den Auftrag hat, den internationalen Handel mit Rohdiamanten zu regulieren, weiter untergraben. Am 23. Juni 2011 hat Mathieu Yamba, der Vorsitzende des KP, in einer Kurzbotschaft behauptet, die Mitglieder des KP hätten einen einstimmigen Beschluss gefasst, in dem sie bestätigen, dass Simbabwe jetzt die internationalen Anforderungen vollständig erfüllt und daher die Erlaubnis erhält, Marange-Diamanten ohne internationale Aufsicht zu exportieren. Seither haben mehrere Regierungen und nichtstaatliche Organisationen, die an der Sitzung in Kinshasa teilgenommen hatten, erklärt, die Aktionen des KP-Vorsitzenden seien einseitig und stünden im Gegensatz zu den KP-Verfahren, die seit langem auf Konsens basieren.

Als Partnerschaft einer schweizerischen und einer simbabwischen nichtstaatlichen Organisation (NGO) unterstützen das *Zimbabwe Advocacy Office* (ZAO) und *Brot für alle* (BFA) die von der Schweizer Bundesregierung eingenommene Position. Sie betonen, dass die einseitige Entscheidung des KP-Vorsitzenden gegen das KP-Protokoll verstösst und daher null und nichtig ist. Solange es keinen wirklichen KP-Konsens gibt, darf im internationalen Diamantengeschäft eigentlich nicht mit Marange-Diamanten gehandelt werden. Die Schweizer Bundesregierung hat uns ausserdem darüber informiert, dass sie weiterhin mit dem KP-Vorsitzenden, den Mitgliedsstaaten und den Beobachtern daran arbeiten wird, eine Lösung für die Diamanten-Krise zu finden.

Die Schweiz ist eines der wichtigsten Zentren der Welt für die Diamanten- und Schmuckindustrie, und daher ist es besonders wichtig, dass sich Hersteller, Vertreiber und Konsumenten darauf verlassen können, dass die Regierung und der Kimberley-Prozess glaubwürdige Informationen sowie eine Hilfestellung bezüglich der Verfügbarkeit von Diamanten aus konfliktfreien Zonen liefern. Im Gegenzug müssen die

Vertreiber und die Verbraucher von Diamanten und anderen Mineralien sicherstellen, dass die Gemeinschaften in den Herkunftsländern einen fairen Nutzen von diesen Rohstoffen haben und dass ihre Rechte nicht verletzt werden, während sie die Rohstoffe abbauen.

Wir fordern deshalb:

den Vorsitzenden des Kimberley-Prozesses dazu auf, die Regeln seiner eigenen Organisation einzuhalten und mit allen Mitgliedsstaaten und Beobachtern auf einen echten Konsens hinzuarbeiten, der dem Volk von Simbabwe nützt und die Glaubwürdigkeit des KP erhöht;

die Schweizer Regierung und die KP-Mitgliedsstaaten dazu auf, ihre korrekte Haltung beizubehalten, die darin besteht, die einseitige Entscheidung, den Verkauf von Marange-Diamanten zu erlauben, abzulehnen, und als Bedingung für den Verkauf von Marange-Diamanten eine Konsens-Entscheidung anzustreben, die von kräftigen internationalen Überwachungsmechanismen gestützt wird;

die Regierung von Simbabwe dazu auf, mit allen Mitgliedsstaaten und KP-Beobachtern bei der Suche nach einer Konsenslösung zusammenzuarbeiten, Transparenz in all ihren Abbau- und Exportaktivitäten zu garantieren und die Rechte der Gemeinschaft von Marange und anderer Bergwerksgemeinschaften über ihre eigenen politischen und geschäftlichen Interessen zu stellen;

die Schweizer Industrie und Öffentlichkeit dazu auf, sich solange zu weigern, Diamanten aus den Bergwerken von Marange zu kaufen, bis die Marange-Diamanten gemäss eines von der Regierung der Schweiz bestätigten KP-Beschlusses voll zertifiziert worden sind.

Hintergrund

Simbabwe und die Schweiz sind Mitglieder des Kimberley-Prozesses. Ziel dieses im Auftrag der UNO gebildeten Zusammenschlusses zwischen Regierungen, Unternehmen und nichtstaatlichen Organisationen ist es, den weltweiten Diamantenhandel zu regulieren, um den Handel mit so genannten „Blutdiamanten“ zu bekämpfen. Dabei geht es um Diamanten, die dazu dienen, bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Rebellengruppen und Regierungen zu finanzieren.

Simbabwe ist heute eines der wichtigsten Produzentenländer für Rohdiamanten. Die Region Marange im Osten des Landes erlebte 2006 einen regelrechten Diamanten-Boom mit mehr als 30'000 illegalen Minenarbeiter/innen, die neu in die Region kamen. Im Oktober 2008 liess die Regierung Simbawwes ihre Armee in der Region aufmarschieren, um die Kontrolle über das ressourcenreiche Gebiet zu erlangen. Mehr als 200

Minenarbeiter/innen und Dorfbewohner/innen starben bei dieser Operation, wie Human Rights Watch^[1] in einem Bericht dokumentierte. Seit der Besetzung durch die Armee gehören Menschenrechtsverletzungen zum Alltag: Die Soldat/innen sind verantwortlich für Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Folter und exzessive Gewaltanwendung sowie illegale Festnahmen. Ausserdem gibt es Berichte darüber, dass Soldat/innen Minenarbeiter/innen dazu zwingen, für sie zu arbeiten und Diamanten zu schmuggeln.

Im November 2009 hat der Kimberley-Prozess den Handel mit Diamanten aus der Region Marange eingestellt. Nach zwei Untersuchungsmissionen erachteten die Verantwortlichen des Kimberley Prozesses im Juli 2010 die „Minimalkriterien des Zertifizierungsprozesses für den Handel mit Rohdiamanten“ erneut als erfüllt, da mit dem Verkauf keine Rebellen Gruppen finanziert wurden. Im August 2010 erhielt Simbabwe die Erlaubnis, eine erste Ladung Diamanten an internationale Händler zu verkaufen. Rapaport, eine grosse Diamantenhandelsfirma aus den USA, teilte daraufhin unmittelbar mit, dass sie wegen gravierender Menschenrechtsverletzungen keine Diamanten aus der Region Marange kaufen werde.

Further Contacts

Yvan Maillard

Programme Officer, Finance and Corruption
Bread for All
www.ppp.ch
Phone: +41 31 380 65 73 or +41 79 267 0109

Marlon Zakeyo

Coordinator
Zimbabwe Advocacy Office
www.zimbabwegeneva.blogspot.com
Phone: +41 22 791 6558 or +4178 323 8607

¹ Human Rights Watch, 'Deliberate Chaos, Ongoing Human Rights Abuses in the Marange Diamond Fields of Zimbabwe', New York, June 2010